

## **Nr. 6: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Von der Austreibung des Geistes aus den Universitäten.**

### **Sparkurs und Konkurrenzdruck, Verschulung und Aussieben der Frauen.**

Entnommen aus: Kommune – Forum 22. Jg. 2004, Heft 4, Seite 26-31.

---

#### Ende der Universitäten als Hort von Aufklärung und Demokratie?

»Ja«, sagt Iwona zu mir, »ich bin erst 22 und doch mit dem Studium schon fertig. Aber«, meint sie und blickt mich an, »ich hätte gerne noch weiter studiert, so wie Eure Studenten!« Wir befinden uns in der Uni von Poznan. Die junge Posenerin empfindet den verschulnten Durchlauf durch die Hochschulen Polens als Verhinderung eines echten Studiums mit jener akademischen Freiheit, die ihrer Meinung nach dazu gehört. – Ich erinnere mich an ein Gespräch ein Jahr zuvor in New York City. Ich kam gerade aus dem Flugzeug, da redet Renate Bridenthal schon mit mir – zutiefst enttäuscht von der Entwicklung der deutschen Politik. »Dass ihr das macht! Dass ausgerechnet die Deutschen ihre Universitäten eindampfen, das hätte ich nie gedacht! Das bedeutet das Ende der Universität als Institution der Aufklärung. Das bedeutet das Ende der Aufklärung als Voraussetzung für eine wirkliche Demokratie!« Die gerade emeritierte Historikerin Renate Bridenthal gehört zum Vorstand der angesehenen Historiker-Gesellschaft der USA. Und sie ist aktiv in einer Gewerkschaft. Besonders ihr Band *Becoming visible* über das Sichtbarwerden der Frauen in der Geschichte erfuhr zahlreiche Auflagen. Im Zusammenhang mit ihrer Forschung war die Professorin fast jedes Jahr in Europa. Und zwar sowohl in der DDR wie auch in der Bundesrepublik. Sie weiß, wovon sie spricht. Obwohl sie gerne mit Menschen zu tun hat, ist sie froh, nicht mehr unterrichten zu müssen. Denn das stark verschulte Studium in den USA, der Zwang, die Studierenden ständig prüfen und beraten zu müssen, ließ der leidenschaftlichen Forscherin viel zu wenig Zeit für die eigenen Studien. Die derzeitige Bush-Regierung hält sie für abgrundtief gefährlich. Sie hofft auf die korrigierende Wirkung europäischer Politik. Daher ist das Abwickeln der Universitäten in Europa ein harter Schlag für sie. Eine falsche Anpassung an den amerikanisch dominierten spätkapitalistischen Markt fetischismus.

Anlass unseres Gesprächs war das massenhafte Sterben von Buchläden in der Bundesrepublik. Eine Ursache dafür ist der drastische Sparzwang auf den Universitäten. Besonders im finanzschwachen Stadtstaat Berlin. Dort mussten die Universitäten binnen von nur zehn Jahren auf ein ganzes Drittel ihres bisherigen Etats verzichten. Die berühmten Universitäten Berlins, ein Anziehungspunkt der Stadt im In- und Ausland, werden abgewickelt. Jeder dritte Akademiker Berlins ist erwerbslos. Folge der ausgesprochenen Intellektuellenfeindlichkeit der derzeitigen Bundesregierung, die gedankenlos die Politik der Vorgängerregierung fortsetzt.

Trotz wochenlanger Streiks der Studierenden aller Berliner Hochschulen, ja der Unis im gesamten Bundesgebiet, hat sich an der Bildungspolitik des Bundes und der Länder nichts, aber auch gar nichts geändert. Auch der rot-rote Senat von Berlin spart auf Kosten der Unis.

April 2004. Sitzung des Akademischen Senats der Technischen Universität Berlin. Der Hochschullehrer Ulf Preuß-Lausitz legt empört alle Ämter in der Strukturkommission nieder. Und empfiehlt den Studenten, es ihm gleichzutun. Denn die dort mühselig erarbeiteten

Kompromisse, wie mit den drastischen Sparvorgaben der Landesregierung umzugehen sei, werden durch den Beschluss der Universitätsspitze, die gesamte Lehrerbildung der Technischen Universität einzustellen, Makulatur. Er bedauert die Lebenszeit, die er für die Mitarbeit in derartigen Gremien gegeben hat. Anschließend votiert der Pädagogikprofessor gegen das Verabschieden des Frauenförderplans. Derartige Beschlüsse hält er für verlogen, da doch genau jene Fächer abgeschafft werden, die mehrheitlich von Frauen studiert werden. Einschließlich des in der »Neueren Geschichte« entstandenen Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung, mit hohem Niveau und internationalem Ansehen. Das einseitige Bevorzugen der technischen und naturwissenschaftlichen Bereiche der Universität benachteiligt Frauen in drastischer Weise.

Zwei Tage später treffe ich Ulf Preuß-Lausitz in seinem kleinen Büro. »Die modernen Technischen Universitäten haben alle Lehrerbildung«, erklärt er mir, »dass wir das in Berlin jetzt abschaffen, das ist ein eher traditionelles Verständnis von technischer Hochschule. Die weite Sichtweise durch Aufnahme der Geistes- und Sozialwissenschaften samt Lehrerbildung an der vor 125 Jahren gegründeten 'Königlichen technischen Hochschule Charlottenburg' – das kam durch die Engländer ab 1945. Wir brauchen das, um den Blick zu erweitern – gegen eine auf Kosten der Demokratie und des Sozialen gehende einseitige Ausrichtung auf Technologie. Wenn ein Ingenieur in Indien eine Brücke bauen will, muss er auch die dort herrschenden sozialen Gegebenheiten kennen. Das war noch so ein bisschen an Humboldt angeknüpft.

Aber das verschwand mit der Studentenrevolte. Deshalb ist das Studium generale abgeschafft worden. Heute verschwinden mit dem Wegkürzen der Lehrerbildung auch Fremdsprachen- und demokratische Kompetenz und damit auch Fähigkeit zum Management. Auch Letzteres benötigt Reflexion der sozialen Situation, was gerade angehende Pädagogen können, die an der TU oft die Tutoren waren. Das fällt jetzt alles weg, sehr beklagenswerterweise. Klar, das alte Studium generale war praxisfern und leuchtete daher den 68er-Studenten nicht ein. Heute haben wir an der TU immerhin eine Professur Technik- und Wissenschaftsgeschichte, das ist sinnvoll, aber nicht klassisch. Aber auch das wird jetzt alles einseitig aufgelöst. Da werden ja dreißig Professuren aus diesem Bereich weggenommen. Das hat was mit inneruniversitären Mehrheiten zu tun. 'Nimm nicht mein Haus, zünd andere an'!«

Opfer kommunalen Bankrotts und das Chaos infolge der »Privatisierung«.

»Der eigentliche Skandal ist, dass die Politik den Universitäten 75 Millionen aus den Rippen schneidet. Das sind nun mal zig Professuren. Das heißt, es gehen viel Nachwuchsförderung und viele Drittmittelprojekte verloren. Dabei wird gemogelt. Der Senator sagt, im Jahr 11000 Studienplätze, obwohl der Schulsenator eine viel größere Zahl als notwendig benennt.« Die derzeitige Bundesregierung begünstigt konservative Universitätsstandorte wie München und benachteiligt vergleichsweise progressive Universitäten wie jene Berlins.

»Die derzeitige Berliner Regierung ist in einer schwierigen Situation, weil sie dank der Bankenkrise nur Konkursmasse verwaltet. Die großen Fehler sind von den vorherigen Regierungen gemacht worden. Besonders von der großen Koalition. 1990 ist in Berlin eine ganze Universität, die Humboldt-Universität, dazugekommen, ohne dass man den Etat aufgestockt hätte. Man musste das Geld aus den alten Unis rausnehmen. Der damalige schwarz-rote Senat meinte, irgendwann würde die Bundesregierung das schon ausgleichen. Aber das war nicht der Fall.« Jetzt ist Berlin pleite. Von Seiten des Bundes kommt keine Unterstützung. Die derzeitige Bundesregierung opfert – ausgerechnet – jene (West-)Berliner

Universitäten, von denen das rotgrüne Regierungsprojekt jahrelang vergleichsweise stark protegiert wurde.

Die Große Koalition hat den Berliner Universitäten die Privatisierung nach amerikanischem Vorbild aufgezwungen. Ihnen wurden im Zuge von Sparmaßnahmen Hochschulverträge verordnet, die ihnen eine finanzielle Eigenständigkeit zugestehen, jedoch im Gerangel um eventuelle Stiftungsgelder zu einer neuen Chaotisierung führten:

»Der Vergleich mit den USA ist nicht sinnvoll. Dabei vergisst man immer, dass dort die großen Konzerne über Stiftungen ihre Steuern senken können. Das ist aber hier nicht der Fall. Wir werden daher auch künftig die Universitäten nicht privat finanzieren können. Außerdem ist fraglich, ob das amerikanische System erstrebenswert ist. Die Abhängigkeit von privaten Sponsoren macht aus der Freiheit von Forschung und Lehre vielfach Makulatur!«

»In anderen Bundesländern ist der Dienstherr der Minister. Hier ist der Dienstherr der jeweilige Präsident. Der Senat gibt das Geld pauschal für drei, vier Jahre an die Universitäten. Das heißt, jede Hochschule hat ihren eigenen Haushaltsplan. Das führt dazu, dass sich die Universitäten zu wenig untereinander absprechen.«

»In Paris, London: eine Universität mit vielen Standorten. Die einzelnen dezentralen Schools sind relativ autonom. Aber bei uns laufen die einzelnen Unis zusammenhanglos nebeneinander her. Es besteht keine Pflicht zur Absprache. Vor fünf Jahren hat die technische Uni die Sozialpädagogik eingestellt. Das war eine politische Entscheidung. Man wollte diese linken Sozialpädagogen nicht mehr haben. Man hat gesagt: das gibt es ja an der Freien Universität. Dabei war es dort etwas ganz anderes. Jetzt stellt auch die FU ihre Sozialpädagogik ein.«

»Und nun«, erregt sich Preuß-Lausitz, »wird sogar die Soziologie an der FU eingestellt! Ohne jede Debatte in der Stadt wird die Soziologie abgeschafft! Es gibt keine volle Soziologie mehr in Berlin! Die HU hat Derartiges sowieso nie gehabt. Die TU hat nur eine Art Techniksoziologie. Berlin ganz ohne Soziologie!« Ich verrate meinem Gesprächspartner nicht, wie verblüffend ehrfurchtsvoll ich auf vielen internationalen Kongressen begrüßt wurde, nur weil ich von den Soziologen der Freien Universität kam. »Stattdessen«, fährt Preuß-Lausitz fort »leisten wir uns hier drei bis vier große Departements Naturwissenschaften: Adlershof von der Humboldt-Universität, an der TU, Naturwissenschaften sogar auch an der FU und in Golm/Potsdam. Brauchen wir das vier Mal? Zurück zu (Natur-)Wissenschaften und Technik als Ideologie! Das geht auf Kosten der Aufklärung, der Demokratie!«

Um die Zwänge der derzeitigen Politik zu verstehen, treffe ich mich mit Lisa Paus aus dem Abgeordnetenhaus. Die studierte Politikwissenschaftlerin und Ökonomin ist für Bündnis90/DieGrünen die wissenschaftspolitische Sprecherin im Berliner Landesparlament. Auch sie kritisiert die erneuten Kürzungen bei den Hochschulen, erklärt mir aber, dass nach Meinung von Bündnis 90/Die Grünen Kritik an dem bürokratischen Apparat der Universitäten berechtigt ist. Auch in demokratischen Institutionen wie Hochschulen sollten Regeln des modernen Managements nicht tabu sein, im Gegenteil. Das ermöglicht auch Ersparnisse. »Wissenschaftssenator Flierl gehört zum fortschrittlichen Flügel der PDS und ist Befürworter progressiver Entstaatlichung. Er ist dafür, dass man bei den Universitäten neue Steuerungsmodelle einführen muss. Es spricht für den Senator, dass er die grüne Brigitte Reich als Referentin übernommen hat. Statt Inputsteuerung Outputsteuerung. Wir in der Politik haben eine Idee von den Zielen: Wir wollen gute Wissenschaften, ein breites Angebot

und kreative gute Wissenschaftler. Die derzeitigen Leistungskriterien, wie sie in den Berliner Hochschulverträgen stehen – die Zahl der jährlichen Absolventen, die Menge eingeworbener Drittmittel, die Zahl der Veröffentlichungen und die Frauenförderung – sind aber zur Erreichung dieser Ziele noch völlig unzureichend, zum Teil sogar kontraproduktiv.«

»Das Einrichten der Massenuniversitäten in den Siebzigerjahren hatte eine unglaubliche Bürokratisierung hervorgebracht. Die wurde unbezahlbar.« Daher sieht Lisa Paus das Einführen der finanziellen Selbstständigkeit der Universitäten in Berlin per Hochschulverträgen positiv. »In den letzten zehn Jahren konnten in der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaften, Forschung und Kultur tatsächlich eine Menge Stellen eingespart werden. Die Unis sind eigenständige Körperschaften mit Dienstherrenfunktion. Früher tauchte jeder einzelne Haushaltstitel – bis hin zur einzelnen Büroklammer – im Hauptausschuss in der Landesregierung auf. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Die Hochschulen bekommen ein festes Budget für mehrere Jahre, und können damit dann frei selbst umgehen.«

Diese Berliner Hochschulverträge jedoch, wende ich ein, stießen bei ihrer Einführung Mitte der Neunzigerjahre auf starke Kritik. Ihre Gegner bezweifelten, dass es sinnvoll sei, die Berliner Universitäten dazu zu zwingen, sich zum Effizienzdenken von Unternehmen zu bekennen und sich zu verpflichten, selbst Gelder zu erwirtschaften. Das humboldtsche Bildungsideal und die Verpflichtung des Staats, für die staatsbürgerliche Allgemeinbildung seiner Bürger zu sorgen, wurde damit aufgegeben. »Effizient wirtschaften« können die Berliner Universitäten für maximal einige Jahre: durch Verkauf eines Teils ihrer Immobilien. Danach wird es – angesichts massenhaften Leerstands – den Unis kaum gelingen, etwa durch das Vermieten von Hörsälen eigenes Geld zu erwirtschaften.

Außerdem, frage ich, wenn die Unis als Betrieb funktionieren sollen, müsste dann vielleicht nicht auch berücksichtigt werden, wie die großen Firmen heute oft de facto sparen? Immer mehr Manager zahlen sich heute selbst ungeniert das Zehnfache aus von dem, was Hochschullehrer erhalten, die im Turnus ihre Universitäten selbst mitleiten. Gespart wird in der privaten Wirtschaft seitens der Manager meistens, indem sie Menschen aus den Reihen der unteren Chargen entlassen.

Gerade das Selbstständigmachen der Universitäten nebst der Pflicht zu überdimensionalem Sparen in kurzer Zeit führt zur Bürokratisierung. Heute ist die Stunde der Verwaltung. Diese nämlich fühlt sich jetzt dazu berufen, dem Schlendrian der Herren Professoren entgegenzuwirken. Der Verwaltungsleiter des Fachbereichs für Politologie der FU beispielsweise scheute sich nicht, heimlich die Schlösser von Büros auszuwechseln um sicherzustellen, dass ihm missliebige Soziologen nicht unbefugt Räume von bereits pensionierten Kollegen benutzen. Ein selbstherrlicher C-4-Professor hat, erzählt er mir, ein Büro zu seinem privaten Fahrradkeller umfunktioniert. Dass der Hochschullehrer diesen Raum den Privatdozenten abgenommen hatte, interessiert ihn nicht. Der Verwaltungsleiter könnte unbenutzte Räume den unbezahlten Lehrbeauftragten und Privatdozenten zur Verfügung stellen, die dafür sorgen, dass der Lehrbetrieb aufrechterhalten werden kann. Aber als Festangestelltem mit regelmäßigem Einkommen fällt es ihm nicht ein, an diese Gruppe überhaupt zu denken. Dabei sind es fast nur noch diese unbezahlten Dozenten, erzählen mir auf der Zugfahrt von Poznan nach Berlin einige Studenten, die spannende und begeisternde Lehrveranstaltungen durchführen.

Die Lehre als Opfer der Jagd nach Drittmitteln und Veröffentlichungen.

»Na ja«, sagt Lisa Paus, »es müsste auch innerhalb der Uni eine Verwaltungsreform vorgenommen werden, wie in der öffentlichen Verwaltung auch. Mehr Demokratie in der Hochschule. Zurück zur Viertelparität in den Gremien. Und vor allem Anreize für bessere Lehre. Das Problem an den Berliner Hochschulverträgen ist, dass die Lehre dabei keine Rolle spielt. Honoriert werden nur die Zahl der Drittmittelprojekte, die Zahl der Veröffentlichungen, die Zahl der erfolgten Studienabschlüsse und die Frauenförderung. Erfolgreiche Lehre ist kein Leistungskriterium. Nicht nur die Berliner, die deutschen Universitäten werden nach der Qualität ihrer Forschung beurteilt, nicht nach dem Erfolg in der Lehre. Das Problem ist heute generell, dass gute Lehre nicht positiv sanktioniert wird. In Wisconsin in den USA gibt es regelmäßige Evaluationen der Professoren seitens der Studierenden und auch der Kollegen untereinander. Vielleicht müsste man gute Lehre positiv sanktionieren.« Und vielleicht sogar bis hin zu den Privatdozenten gute Lehre grundsätzlich wieder honorieren. Vielleicht so ähnlich wie in Österreich und anderen europäischen Ländern, wo die Bereitschaft zur Habilitation von den Universitäten grundsätzlich gewürdigt wird. Man könnte das Salär von Lehrbeauftragten ohne Beamten- oder Industrieinkommen auf den Level der Schweiz heben. Man könnte Habilitierte, die gute Lehre machen, bei uns nach Vorbild Österreich mit Geld honorieren.

Derzeit hat das überdimensionale Sparen an den deutschen und besonders den Berliner Universitäten das Klima innerhalb der Hochschullehrerschaft ins Bodenlose verschlechtert. Jetzt konkurriert jeder gegen jeden. An der Freien Universität gönnen die voll besoldeten Hochschullehrer unbezahlten Privatdozenten weder Lehrerzimmer noch auch nur die notwendigsten Fotokopien. Die regulären Professoren blicken verlegen zur Seite, wenn ihnen die rauskonkurrierten und dank Edelgard Bulman nun chancenlosen Kolleginnen auf dem Gang treffen, zumal sie wissen, dass von denen ihnen so manche theoretisch hoch überlegen ist. Es gibt keine Sekretärin mehr, die die Privatdozenten informiert, bis wann sie ihre künftigen Lehrveranstaltungen wo und wie anzukündigen haben. Denkbar wäre, dass fest bestellte Kollegen mit Geld im Hintergrund oder gut verdienenden Ehefrauen sich um die Umverteilung der bezahlten Arbeit kümmern, indem sie ihre Stellen halbieren. Das gibt es in den Schulen oder in den Niederlanden. Jedoch kaum an den deutschen Universitäten. In den Zwanzigerjahren entstand die Deutsche Forschungsgemeinschaft aus einer freiwilligen Dauerabgabe aller fest besoldeten Hochschullehrer zu Gunsten der arbeitslosen Kollegen von drei Prozent des jeweiligen Gehalts. In Zeiten, da sogar Regierungen »Geiz als geil« predigen, sind solche Formen von solidarischem Handeln vergessen.

Lisa Paus empfindet es jedoch als Mut machend, dass es der jetzigen Regierung gelungen ist, das Auslandsstudium zu erleichtern. Dank Umstellung der Studienabschlüsse auf einen Kurzzeitstudienabschluss namens Bachelor und einen zweiten Master-Abschluss entsprechend dem alten Diplom wird es künftigen Studenten ohne Weiteres möglich sein, ein Auslandssemester einzulegen, ohne dafür ein Semester länger studieren zu müssen. Natürlich muss dafür das Studium vereinheitlicht werden, überall werden Studienpläne »modularisiert«. Die Universitäten passen sich den Fachhochschulen an. Von Stätten der Aufklärung und des Geistes werden sie zu Berufsschulen gemacht.

»Die entscheidende Gruppe in der Regierung, egal ob früher Kohl oder jetzt Gerhard Schröder und seine Männer, halten nichts von den Universitäten«, resümiert Lisa Paus. »Sie erinnern sich nur noch, dass sie an ihre Scheine viel zu leicht kamen, die in der Regel zu gut benotet waren. Sie wissen, dass manche Hochschullehrer, kaum haben sie ihre Professur und Verbeamtung, sich im Sessel bequem zurücklehnen, kaum noch etwas publizieren und sich auch nur sehr bedingt in der Lehre engagieren.« Diese Politiker haben vergessen, dass ihr eigenes Potenzial aus eben diesen freiheitlich gestalteten Universitäten stammt. Sie haben

vergessen, dass es an den europäischen Universitäten dank des Prinzips »Freiheit von Forschung und Lehre« auch diese sehr guten Hochschullehrer gab, die engagiert besten Unterricht machten und sich intensiv um die Betreuung ihrer Studenten kümmerten. Statt sich aus purer Eitelkeit nur noch um das Veröffentlichen zu kümmern. Sie haben vergessen, dass diese große Aufbruchstimmung an den europäischen und amerikanischen Universitäten von der begeisterten Lehre dieser Gruppe Hochschullehrer mit ausgelöst wurde. Sie sind in die ältesten Kleinbürger-Vorurteile gegenüber den Universitäten zurückgefallen, der in dieser Form zuletzt ganz bestimmte Parteien huldigten.

### Ressourcenverschwendung: der Rausschmiss der Frauen.

Genau so denkt die Politologie-Professorin Brigitte Rauschenbach auch. Sie treffe ich in ihrem bescheidenen Büro bei den Politologen an der Freien Universität. Sie kritisiert, dass ich über Bildungspolitik sprechen möchte, ohne die Schulen einzubeziehen. »Hätten wir nämlich Ganztagschulen wie in Frankreich, dann erst bestünde für Frauen die Chance, trotz beruflicher Ambitionen auf Kinder nicht verzichten zu müssen. Dann müssten nicht 40 Prozent der Akademikerinnen kinderlos bleiben!«

»Der größte Fehler der Bildungspolitik der derzeitigen Bundesregierung ist die Verschwendung der Ressourcen. Das, was angeblich billig sein soll, ist es – gesamtgesellschaftlich auf die Dauer gesehen – nicht. Das Berliner Frauenforschungsförderungsprogramm, als das noch existierte, das war doch ausgesprochen effektiv! Es sind richtig eine Menge Bücher dort entstanden! Ich habe sie alle mal in einer Reihe dort gesehen. Dennoch ist das Berliner Frauenforschungsprogramm, im Gegensatz zu den viel teureren Forschungsinstituten wie das Wissenschaftskolleg, das Fraunhofer Institut, die Max-Planck-Gesellschaft et cetera, abgeschafft worden. Dabei war die Frauenforschung viel, viel billiger! So ein Forschungsprojekt bei den Geisteswissenschaften, was kostet das denn schon außer dem puren BAT II a!«

Die Absicht des Kulturministeriums, eine »Verschrottung der Privatdozenten« vornehmen zu wollen, empört die Professorin als Verschwendung von Ressourcen. »Es ist doch erstaunlich, erst wurde jahrelang mittels diverser Förderprogramme wie 'Möllemann 2' in (in »feindlicher« Umgebung zwangsläufig langsamere) weibliche Wissenschaftlerinnen investiert, damit auch sie – trotzdem sie fast nie Oberassistentenstellen bekamen – ihre Habilitation schaffen. Und heute macht das Kulturministerium alle diese Investitionen mit einem Ritsch zu Makulatur! Statt dass sie sich überlegt, wie man die vielfach gute Lehre von Frauen an der Uni einschließlich der vielen Privatdozentinnen und Privatdozenten honoriert, schließt Edelgard Bulman sie von der Lehre aus!«

»Besonders falsch ist, dass als Qualitätsmaßstab nur noch gilt, was in der Forschung passiert. Die Lehre gilt überhaupt nicht mehr.« Das geht auf Kosten der Frauen. Denn weibliche Dozenten schreiben in der Regel weniger, unterrichten aber meistens viel engagierter. Professorinnen nehmen sich vergleichsweise mehr Zeit für die Beratung Studierender. Wenn weibliche Studenten stärker an den Geistes- und Sozialwissenschaften interessiert sind, muss man das ernst nehmen. Sie glauben weniger an den sich selbst regulierenden Markt. Sie wissen, dass zum Erhalt des sozialen Friedens Sozialpädagogik und Soziologie, Literaturkenntnisse sowie Theorie und vor allem gute Lehrer notwendig sind.

### Verschulung durch Modularisierung als Beseitigung der Theorie.

Für besonders fatal hält die Politologin, dass man die Diplomstudiengänge durch Bachelor- und Masterabschlüsse ersetzen will, weil die daraus resultierende Verschulung des Studiums das selbstständige Denken aus den Unis verbannen wird. »Heute haben wir eine Politik, die der Ökonomie hinterherläuft. Sie vergisst, dass in der Studentenbewegung die damalige Neuorientierung noch auf zwei Praxen geschah, jene der Theorie und die der Anwendung. Dass die Praxis zwei Seiten hat, wurde aus den Augen verloren. Was ist denn der Bachelor anderes als eine Art Durchschleusungsaktion? Lernen sollen sie da nichts. Theorie ist nicht mehr gefragt. Höchstens so kleine Modellversatzstücke, die als Theorie verkauft werden. Wie kann man wieder zurück zum Institut der Vorlesung gehen, obwohl doch jeder weiß, dass sie da nichts lernen!«, ereifert sich Brigitte Rauschenbach und wiederholt, was mir ihre Kollegin Sabine Berghahn aufgezählt hatte: »Dann wird der Stoff wieder in Klausuren abgefragt werden. Hiwis, die nichts mit den Studenten zu tun haben, werden als bezahlte Hilfskorrektoren eingesetzt. Erst wenn ein Student Einspruch erhebt, sieht sich ein Professor seine Arbeit wirklich genau an. Erst dann kommt es zum individuellen Gespräch – nach der Art, wie es bei den Juristen heute schon ist.«

»Die Lehre kommt in den Reformen der Frau Bulmahn nicht vor. Vielmehr fördert sie eine neue Hierarchisierung im Geschlechterverhältnis. Und was machen die Studies nach den sechs Semestern? Das fragt keiner. Die Industrie hofft, dass sie die Leute dann vor Ort selbst abrichten kann. Diese Leute werden nicht mehr die kreativen Erfinder von eigenen Arbeitsplätzen sein, wie die Universitäten sie bisher hervorbrachte.«

»Denn dafür braucht man die inspirierende Lehre, das begeisterte Lernen. Allein die Einheit von Forschung und Lehre ermöglicht dieses nahezu erotische Verhältnis zwischen Hochschullehrern und ihren Schülern. Lehre als Pflichtübung erbringt nichts Gescheites. Hinter den Reformen steckt ein Menschenbild, dessen Prototyp der Karrieremacher ist, der zielstrebig connections knüpft, der nicht nach links und rechts guckt, das männliche Modell! Das Laufbahndenken ist wieder vorherrschend.«

»Frauen denken stattdessen eher in Lebenszyklen. Männer hingegen ziehen ihre Karriere durch und plötzlich sind sie Mitte fünfzig, haben es geschafft und da sieht man dann, &Mac221;oh wie nett, er hat ein kleines Kind an der Hand&Mac220;! Die Universitätsreformen jetzt beruhen auf einem rein durch Konkurrenz bestimmten einseitig männlichen Menschenbild, was alles auf Kosten der Frauen geht!«

Dem einseitigen Denken heute kann künftig nichts mehr entgegengesetzt werden, wenn ausgerechnet die Universitäten, in die es die Frauen gerade hineingeschafft haben, abgewickelt werden; zusammengespart werden zu Gunsten von männlich dominierten Fachhochschulen und naturwissenschaftlichen Forschungsinstituten. Letzteren nämlich – informiert mich freundlich Brigitte Reich aus dem Hause des Senators für Wissenschaften, Forschung und Kultur – wurde kein Sparzwang auferlegt. Darauf sind sie in der Senatsverwaltung eigentlich sogar stolz. Nicht bedacht hat der PDS-Kultursenator, dass er mit dieser Entscheidung, ausschließlich die vergleichsweise »weiblichen« Universitäten trifft.

Denkbar wäre, dass die rot-grüne Regierung neue Universitäten für Querdenker und interdisziplinäres Arbeiten schafft, so wie es die neuen Fachrichtungen wie Umweltwissenschaften oder Friedenserhalt, Konfliktforschung oder eine Humanökologie des Essens sowie etwa eine Soziologie der Korruption allesamt erfordern. Rot-grün könnte Zeichen setzen für mehr Forschungsmittel und neue Professuren für nachhaltige Heilmethoden wie Homöopathie, chinesische oder indische Medizin, biodynamische Landwirtschaft, kommunale Umweltpolitik oder nachhaltige Regionalentwicklung. Mit der

rigorosen Sparpolitik vertreibt die derzeitige Politik mit dem Geist auch den Mut und den Bürgersinn aus den Hochschulen. Überall werden ökologische Querdenker oder engagierte Frauenforscherinnen rauskatapultiert. Schon drei Mal war eine international bekannte Ökofeministin auf Platz eins deutscher Berufslisten. Drei Mal haben konservative Gegenkräfte ihre Berufung verhindern können! Rot-grün macht sich offenbar nicht klar, mit ihrer allzu rigiden Sparpolitik zu einer unglaublichen Klimaverschlechterung an den Universitäten beigetragen zu haben, die längst tot geglaubte reaktionäre Geister der Vergangenheit aus der Versenkung hervorholt. Die Hypersparpolitik hat einen Mentalitätswandel innerhalb der Unis zur Folge, der jeglichen demokratischen Geist, jedes staatsbürgerliche Übernehmen von Verantwortung bereits im Keim erstickt.

In Brüssel wurde die europäische Politik auf gender mainstreaming verpflichtet. Wenn man die bundesdeutsche Wissenschaftspolitik auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen überprüft, wird man unschwer feststellen, dass die Universitätsreformen einseitig auf Kosten der Frauen gehen. Gerade hat man sich in Berlin bei den Geistes- und Sozialwissenschaftlern der DDR entschuldigt, die zwischen 1990 und 1995 in großer Zahl gekündigt wurden. Dass ausgerechnet die rot-grüne Bundesregierung durch Massentlassungen von Frauenforscherinnen, Geistes- und Sozialwissenschaftlern die Bildungsreform der Siebzigerjahre auf eine Demokratie gefährdende Art und Weise um 180 Grad zurückdreht, ist eine Furcht erregende Fortschreibung schwarzer Geistesverachtung.

Die Interviews wurden von der Autorin frei bearbeitet und entsprechen nicht in allem dem Wortlaut der Gespräche.

#### Literatur:

Sabine Berghahn: »Hochschulreform als Ressourcenverschwendung und Kampf der Generationen?«; in: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Wissenschaft*, 11. Jg., Heft 1/02, S. 105–113. Elisabeth Meyer-Renschhausen: »Von Engagement und Routine – Zur Frauenfrage in der deutschen Wissenschaft«; in: *Gegenworte – Zeitschrift der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*, 6. Heft (Herbst 2000), S. 49–53. Herbert Ulrich: »Die Posse – Massentlassungen werden ausgegeben als Hochschulreform«; in: *SZ*, 9.1.02.

#### Zusammenfassung:

Ausgangspunkt der Autorin ist die Abwicklung der Berliner Universitäten. Die arg verschuldete Stadt fährt einen drastischen Sparkurs, die Universitäten mussten binnen zehn Jahren auf ein Drittel ihres Etats verzichten. Von der rot-grünen Regierung kommen auch keine hochschulfreundlichen Impulse. Die »Privatisierung« der Unis treibt eine Situation hervor, die Kreativität erstickt und Karrieredenken befördert. Ins Abseits gerät die Lehre, eine Domäne der Frauen.

---